

Der Fall Ruslan Kotsaba

Verfahren gegen ukrainischen Journalisten und Kriegsdienstverweigerer wird neu aufgenommen



Ruslan Kotsaba im Glaskäfig im Gerichtssaal

“Ich weiß, dass die Mobilisierung unter Kriegsrecht erklärt wird. Ich gehe lieber ins Gefängnis, als jetzt in den Bürgerkrieg zu gehen und meine Landsleute, die im Osten leben, zu töten. Kommt mir nicht mit diesen Einberufungen. Ich werde an diesem Bruderkrieg nicht teilnehmen“

Das erklärte Ruslan Kotsaba am 23. Januar 2015 in einem Beitrag in YouTube gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Wenige Wochen später wird er festgenommen und wegen "Landesverrats" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine" angeklagt. Nach 16 Monaten Untersuchungshaft unter unmenschlichen Bedingungen verurteilt ihn das Gericht in Iwano-Frankiwsk zu 3,5 Jahren Haft. Das Berufungsgericht spricht ihn kurze Zeit später frei.

Die Staatsanwaltschaft beantragte aber eine erneute Aufnahme des Verfahrens, dem das Oberste Gericht im Juni 2017 folgte. Es ordnete eine erneute Verhandlung an. In den letzten zwei Jahren schoben sich insgesamt 14 Gerichte den Fall gegenseitig zu. Nun wird vor dem Gericht in Kolomyja neu verhandelt. Am 10. Dezember 2020 wird der 2. Prozesstag stattfinden.

Amnesty International hatte Ruslan Kotsaba bereits 2015 als politischen Gefangenen anerkannt. Connection e.V., DFG-VK und andere forderten wiederholt ein, den Freispruch aus 2016 zu bestätigen und das Strafverfahren einzustellen.

Eine Information von



Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110, D-63075 Offenbach
Tel.: 069-8237 5534, Fax: 069-8237 5535
eMail: office@Connection-eV.org

Ukraine: Der Fall Ruslan Kotsaba

Chronologie

23. Januar 2015: Der aus der Ukraine stammende Ruslan Kotsaba hat die Proteste am Maidan unterstützt. Anfang 2015 wendet er sich in einer Botschaft auf *YouTube* gegen die Kriegführung im Osten des Landes. In seiner Botschaft an Präsident Petro Poroschenko erklärt der freiberufliche Journalist, er werde sich der Einberufung verweigern. Er ruft seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern und sich der Einberufung zur Armee zu widersetzen. Er betont dabei, dass er die Mobilisierungen, die zu dieser Zeit in der Ukraine stattfinden, als widerrechtlich ansieht, da die ukrainische Regierung keinen Krieg erklärt habe.¹ In weiteren Erklärungen betont er, dass er sich als Christ auch dem göttlichen Gebot "Du sollst nicht töten" verpflichtet fühlt.²

7. Februar 2015: Ruslan Kotsaba wird festgenommen und wegen "Landesverrats" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine" angeklagt.

Ab Februar 2015: Die Staatsanwaltschaft benennt etwa 60 Zeugen, die nach und nach zu den monatlichen Gerichtsterminen eingeladen werden. Viele der Zeugen erscheinen jedoch nicht zu den Verhandlungen, so dass sich letztlich der Prozess über Monate hinzieht, ohne weitere Erkenntnisse zu bringen. Die Haftbedingungen der Untersuchungshaft sind menschenunwürdig.

5. Februar 2016: Ein Jahr nach der Festnahme erhält Ruslan Kotsaba erstmals Gelegenheit, vor Gericht Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen. Er nutzt in seiner zweistündigen Aussage die Gelegenheit, seine ablehnende Haltung zum Krieg und seine Kriegsdienstverweigerung zu bekräftigen. Zudem setzt er sich intensiv mit der Anklageschrift auseinander und macht deutlich, dass er sich demokratischen Regeln journalistischer Arbeit verpflichtet fühlt und sich auch entsprechend verhalten habe.

12. Mai 2016: Das Gericht in Iwano-Frankiwsk verkündet das Urteil: 3,5 Jahre (42 Monate) Haft. Es weist zwar den Vorwurf des "Landesverrats" zurück. In keinem der von der Anklage vorgelegten Beweise, auch nicht in Abhörprotokollen, seien Hinweise zu finden, dass Kotsaba mit seinen öffentlichen Auftritten vorsätzlich und unmittelbar einem ausländischen Staat bei Subversionstätigkeiten gegen die Ukraine Hilfe geleistet habe. Die Verfassung der Ukraine garantiere zudem Meinungsfreiheit. Ruslan Kotsabas Äußerungen seien durch die Verfassung gedeckt.

Das Gericht bestätigt aber die Anklage wegen "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine". Seine Erklärungen hätten sich nicht auf präzise Fakten gestützt, sondern Bürger vielmehr dazu animiert, sich der Einberufung und der Aufgabe der Verteidigung des Staates zu entziehen. Das Gericht geht nicht auf den Verweis von Ruslan Kotsaba ein, dass die Mobilisierungen unrechtmäßig seien, da die Ukraine formell gar keinen Krieg erklärt habe.

Das Urteil legt auch fest, dass aufgrund der harten Haftbedingungen in der Untersuchungshaft nach Artikel 72, Absatz 5, diese doppelt angerechnet wird.

16. Mai 2016: Ruslan Kotsaba legt gegen das Urteil Berufung ein.

14. Juli 2016: Das Berufungsgericht stellt das Verfahren ein und verfügt die Freilassung von Ruslan Kotsaba nach über 16 Monaten Haft.

1. Juni 2017: Das Oberste Gericht für Zivil- und Strafsachen der Ukraine hebt das Urteil des Berufungsgerichts auf, da die Strafprozessordnung nicht eingehalten worden sei. Insbesondere seien die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel durch das Berufungsgericht nicht erneut vollständig geprüft worden.

¹ <http://www.youtube.com/watch?v=6NICtID6PEo>

² Ruslan Kotsaba an Iwano-Frankiwsker Eparchie der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche

3. November 2020: Das Verfahren wird vor dem Gericht in Kolomyja erneut verhandelt. Der Vorwurf lautet erneut auf "Landesverrat" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine".

10. Dezember 2020: Am Tag der Menschenrechte wird der zweite Prozesstag in Kolomyja stattfinden.

„Ich hoffe, dass wir Frieden erreichen können“

Ruslan Kotsaba am 24.1.2018 in Mainz

Am 24. Januar 2018 sprach der ukrainische Journalist und Kriegsdienstverweigerer auf einer Veranstaltung in Mainz über die Lage in der Ukraine, den Krieg und Widerstände in der Bevölkerung. Wir dokumentieren hier seinen Redebeitrag. (d. Red.)

Ich freue mich sehr, hier sein zu können. Dass sie mich hier sehen können, das hat auch mit Ihrem Engagement zu tun. Sie haben mich unterstützt, als ich im Gefängnis saß. Es kam sogar eine Delegation zu meiner Verhandlung. Das hat mir sehr geholfen.

Ich bin gerade aus Straßburg eingetroffen. Dort hatte ich Gelegenheit, vor allem mit Abgeordneten der Linken im Europäischen Parlament zu reden. Wir sprachen unter anderem über die Repressionen, denen Journalisten im Kriegsgebiet des Donbass´ ausgesetzt sind. Die Linken wollen das auf die Agenda des Europäischen Parlaments setzen.

Ich möchte heute berichten, warum die Journalisten, die unabhängig aus dem Kriegsgebiet über die Kampfhandlungen berichten wollen und sich gegen den Krieg wenden, von der heutigen Regierung in der Ukraine unter Druck gesetzt und eingesperrt werden.



Ich war einer der ersten Journalisten, die am Anfang des Konflikts von beiden Seiten akkreditiert wurden, in der Ukraine und in meinem Fall auch von der Volksrepublik Lugansk.

Und nachdem ich auf beiden Seiten gesehen habe, was passierte, hat mich das zum überzeugten Pazifisten gemacht.

Ich glaube, heute Abend sind auch Menschen unter uns, die sich erinnern, was die Schrecken eines Kriegs bedeuten. Ich will Ihnen berichten, was heute in der Ukraine geschieht.

Der Krieg ist jetzt im vierten Jahr. Selbst nach den offiziellen Angaben der ukrainischen Regierung gab es bereits mehr als 10.000 Tote, darunter mehr als 200 Kinder unter 11 Jahren.

Viele haben bereits verstanden, dass es nicht nur einfach ein Krieg oder eine antiterroristische Aktion ist, die in der Ukraine passiert. Es ist vielmehr ein Geschäft der Oligarchen. Die offizielle Bezeichnung *Anti-Terror-Operation* dient lediglich zur Verschleierung des Geschäfts, das im Zusammenhang mit dem Krieg betrieben wird. Dabei geht es um Waffenhandel, um Organhandel sowie weitere Interessen.

Mich macht es sehr betroffen, dass heute in Europa, in der Ukraine, jeden Tag Menschen durch den Krieg sterben. Ich verstehe Ihr Engagement daher auch als einen Dienst an der Humanität. Ich betrachte und bezeichne die Situation als humanitäre Katastrophe. Der Zivilisationsprozess wird durch Kriege zurückgeworfen. Die Entwicklung eines friedlichen Miteinanders der Menschen wird durch Kriege verhindert. Wenn die Politiker die Probleme nicht mit militärischen, sondern mit diplomatisch-politischen Methoden lösen würden: Man traut sich kaum vorzustellen, wie weit wir dann schon gekommen wären.

Bereits jetzt gibt es mehr als 350.000 offiziell erfasste Soldaten, die als Teilnehmer von Kampfhandlungen angesehen werden. Sie alle waren in einem Gebiet, das offiziell als Gebiet der *Anti-*

Terror-Operation bezeichnet wird. Ich bezeichne es als Bürgerkriegsgebiet. Warum? Weil dort Menschen mit ukrainischen Pässen auf andere mit ukrainischen Pässen schießen. Darüber hinaus kämpfen dort Söldner aus anderen Ländern, die gegen Geld Menschen töten. Ich habe sie selbst gesehen.

In einem Bürgerkrieg kann es keine Gewinner geben, nur Verlierer. Die Gewinner eines Bürgerkriegs sind Dritte, die außerhalb des eigentlichen Landes stehen, die an dem Konflikt ein Interesse haben.

Die 350.000 Soldaten, die im Donbass waren, stellen für die Gesellschaft eine große Hypothek dar. Aufgrund der Erfahrungen, die sie im Krieg gemacht haben, wird es für die gesamte Gesellschaft sehr viel schwieriger werden, zum Frieden zurückzufinden. Die Ukrainer sind ein friedliebendes Volk. Ich war froh, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Ukraine das einzige Land war, in dem es keine großen Kampfhandlungen gegeben hat. Aber nun befinden wir uns im Krieg, der nicht nur an der Front, sondern auch in den Köpfen der Menschen stattfindet. Das ist schrecklich, weil diese Situation auch nach Ende des Krieges fortbesteht.

Leider ist die ukrainische Regierung sowohl an den Kampfhandlungen interessiert, wie auch an der damit verbundenen Propaganda. Und hier kommen wir zur Frage der journalistischen Arbeit. Sobald nämlich ein Journalist unabhängig über die Kämpfe oder Entwicklungen zu berichten sucht, und dabei auch die eigene Regierung kritisiert, wird er in der Ukraine zu einem Freund von Putin, Putinverstehender oder Agenten der anderen Seite erklärt und diffamiert.

Wir wissen sehr wohl, dass Putin wie auch Poroschenko nicht ewig leben werden. Aber die Länder, wie Ukraine, Polen und Russland, werden Nachbarn bleiben. Mit verfeindeten Nachbarn kann man aber perspektivisch nicht gut leben. Eine kluge Politik würde versuchen, friedlich mit den Nachbarstaaten zusammen zu leben. Davon würden beide Seiten profitieren.

Nur ein Zyniker, ein bössartiger oder ein intellektuell eingeschränkter Mensch kann Interesse an einem Krieg haben. Ich glaube aber nicht, dass die ukrainische Regierung intellektuell eingeschränkt ist. Ich muss daher annehmen, dass sie Zyniker oder bössartig sind.

Vergangene Woche hat die Rada, das ukrainische Parlament, ein neues Gesetz angenommen, mit dem die Reintegration des Donbass geregelt werden soll. Das Gesetz gibt dem Präsidenten Sonderrechte für seine Politik gegenüber dem Donbass. Er erhält das Recht, alle Gebiete zu Sonderzonen und geografisch begrenzt zu Kriegsgebieten zu erklären. Er kann das per Erlass verfügen und muss dazu nicht das Parlament oder das Komitee für staatliche Sicherheit um Zustimmung bitten.

Damit steht ihm z.B. die Möglichkeit offen, im Falle von Wahlen Kriegsgebiete zu erklären und damit dort die Durchführung der Wahl zu unterbinden. Auf diese Weise kann er missliebige Gebiete ausschließen und die Wahlen manipulieren.

Um Kriegsgebiete zu erklären, ist es für einen Zyniker leicht, zu provozieren, z.B. Milizen hineinzuschicken, die Leute zusammenschlagen oder ähnliches. Letztlich bedeutet das, dass das Gesetz in höchstem Maße gefährlich ist und zu einem weit ausgedehnteren Krieg führen kann.

Ich hatte schon angesprochen, dass Oligarchien in der Ukraine die Politik bestimmen. Ich will das noch näher ausführen.

Hier in Deutschland gibt es verschiedene Parteien, Sozialdemokraten, die Linke, die Grünen und andere. Die müssen miteinander um die Wähler konkurrieren.

In der Ukraine gehören die Politiker zwar unterschiedlichen Parteien an – und so sind im Parlament auch unterschiedliche Fraktionen. Aber faktisch stehen sie auf der Lohnliste bestimmter Oligarchen. Wenn es nötig ist, können sich diese über die Fraktionen hinweg zu Blöcken zusammenschließen und entsprechend der Anweisungen des Oligarchen abstimmen. Deswegen werden sie

auch eher als Blöcke bezeichnet. So ist auch der Beschluss für das Gesetz zur Reintegration zustande gekommen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen über die Situation derjenigen berichten, die sich dem Kriegsdienst entziehen. Als überzeugter Pazifist habe ich erst vorgestern auf einer ukrainischen Internetseite mit Genuss gelesen, dass die derzeitige Mobilisierung in Schwierigkeiten steckt und immer weniger Leute bereit sind, sich für den Kriegsdienst einzulassen. Ich habe das gleich auf meiner Facebook-Seite gepostet.

Die Menschen verstehen, dass der Krieg das Ende der zivilen Gesellschaft bedeutet. Auf der anderen Seite sucht der Staat bzw. die Regierung solche pazifistischen Strömungen zu unterdrücken.

Ein Beispiel dafür ist ein Freund von mir, Eduard Kowalenko. Er schrieb über meinen Fall, dass ich als Journalist den Krieg als Bürgerkrieg bezeichnet habe und nicht bereit war, am Krieg teilzunehmen. Dafür wurde er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ich kam nach 16 Monaten frei, aber er, der über das Verfahren berichtet hatte, sitzt immer noch im Gefängnis. Vor einem Monat ist seine Berufung abgewiesen worden, so dass er jetzt keine juristischen Möglichkeiten mehr hat, dagegen vorzugehen.

Eine andere Form der Unterdrückung ist, dass die Regierung zur Einschüchterung von Pazifisten Nationalisten einsetzt. So ist es mir passiert. Ich wurde von Nationalisten überfallen, der Gruppe S14, dem Sektor ASOF. Als ich zur Polizei ging und Anzeige erstatten wollte, nahm die Polizei die erst gar nicht auf. Diejenigen, die mich überfallen haben, hatten selbst Polizeiausweise. Sie waren zuvor Freiwillige in dem sogenannten Gebiet der Anti-Terror-Operationen. Nach ihrer Rückkehr blieben sie in der Nationalgarde und gehören damit formell der Polizei an.

Mir liegt am Herzen, dass sie folgendes verstehen: Wenn es in der Ukraine weiterhin Krieg gibt, ist das auch für Deutschland schlecht. Denn die Probleme dieses Konfliktes, das geopolitische Ringen zwischen Russland und den USA, werden sich in erster Linie auf Europa auswirken, vor allen Dingen auf Deutschland als Zugführer der Europäischen Union.

Wenn Frieden herrscht, wäre das auch für Deutschland von Vorteil. Alle Entwicklungen hängen stark voneinander ab. Ich hoffe auch, dass meine Zeit als überzeugter Pazifist im Gefängnis nicht sinnlos war und wir Frieden erreichen können.

Politisches Verfahren gegen Kriegsgegner

Zusammenfassung

Connection e.V. und die *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK) sehen die Strafverfolgung von Ruslan Kotsaba als politische Verfolgung an. Vorgehalten wird Ruslan Kotsaba offenbar nach wie vor, dass er sich öffentlich gegen die Politik der ukrainischen Regierung gestellt hat und zu einem Ende des "Bruderkrieges" und zu Verhandlungen mit den Separatisten im Osten des Landes aufruft. Nur so ist zu erklären, warum die ukrainischen Behörden in so scharfer Form gegen ihn vorgehen.

Hinzuweisen ist hier auf den im ersten Verfahren erfolgten Versuch der Staatsanwaltschaft in Iwano-Frankiwsk, mit äußerst fragwürdigen Mitteln eine Verurteilung des Journalisten wegen "Landesverrats" zu erreichen. Es ist zugleich als Drohung gegen weitere kritische Äußerungen gegen den Krieg zu werten, da in solchen Fällen eine ähnliche Strafverfolgung erfolgen würde - und offensichtlich auch zugelassen würde.

Zudem erreichte die Staatsanwaltschaft über die Bestellung von über 60 Zeugen, dass sich das erste Verfahren über Monate in die Länge hinzog und Ruslan Kotsaba infolgedessen unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Untersuchungshaft verbleiben musste. Das Gericht bestätigte dies in seinem Urteil indirekt, indem es die Zeit der Untersuchungshaft bei der Gesamtstrafe doppelt anrechnete. Die Untersuchungshaft wurde so im Fall von Ruslan Kotsaba selbst zu einer Bestrafung.

Mit der Neuaufnahme des Verfahrens droht Ruslan Kotsaba eine erneute Inhaftierung und Verurteilung. Er unterliegt so zum zweiten Mal menschenrechtswidriger Verfolgung.

Connection e.V. und *DFG-VK* halten auch den Aufruf von Ruslan Kotsaba, sich nicht am Krieg zu beteiligen, für legitim. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt in der Ukraine nur sehr eingeschränkt und entspricht nicht den u.a. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte genannten Standards. Es wird nur Angehörigen von etwa einem Dutzend religiösen Gemeinschaften das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zugestanden. Zudem haben auch Reservisten keine Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern. Des weiteren weist Ruslan Kotsaba selbst darauf hin, dass die Mobilisierungen für den Krieg angesichts eines nicht erklärten Krieges fragwürdig waren. Dass Ruslan Kotsaba wegen seines Aufrufes zur Verweigerung des Kriegseinsatzes zu 42 Monaten Haft verurteilt wurde und ihm nach der Einstellung des Verfahrens durch das Berufungsgericht nun erneut der Prozess gemacht wird, ist in schärfster Form zu verurteilen und als politische Verfolgung zu werten.

Einige Hintergrundinformationen

Amnesty International: Gewaltloser politischer Gefangener

Amnesty International hatte Ruslan Kotsaba als ersten gewaltlosen politischen Gefangenen aus der Ukraine adoptiert. Die Organisation schreibt: "Members of the media are suffering harassment at the hands of the authorities. Among them is the journalist and prominent blogger Ruslan Kotsaba – recently named as Amnesty International's first Ukrainian prisoner of conscience in five years. He could face more than a decade in prison on the charge of 'high treason' and for his views on the armed conflict in eastern Ukraine.

Ruslan Kotsaba was arrested on 7 February (2015) in Ivano-Frankivsk, 130 km south-east of Lviv, after he posted a video describing the conflict as "the Donbas fratricidal civil war". He also expressed opposition to military conscription of Ukrainians to take part in the conflict.

After being formally charged on 31 March with 'high treason', he faces up to 15 years in prison, as well as up to an eight-year sentence on a further charge of 'hindering the legitimate activities of the armed forces'. Amnesty International has called for his immediate and unconditional release, and we see his treatment as a brazen restriction on the right to freedom of expression."³

Zu Wehrpflicht und Rekrutierung⁴

(14.02.2020) Im September 2019 übergaben die Militärkommissariate von Kiew der Polizei 34.930 Fälle von Militärdienstentziehern. Das Militärkommissariat des Bezirks Lviv berichtete, dass sich zwei Drittel der Wehrpflichtigen nicht bei den Einberufungsbehörden gemeldet hätten, so dass die Polizei beauftragt worden sei, nach ihnen zu suchen. In den Zeiten der Einberufungskampagnen ist es üblich (und teilweise auch legal), dass die Polizei auf den Straßen Jagd nach Wehrpflichtigen macht, um sie zu entführen und gegen ihren Willen zu Sammelpunkten des Militärs zu bringen. Beamte der Militärkommissariate, die die Einberufungen durchführen, erhalten oft Bestechungsgelder. Manchmal waren sie auch mit aufgebrauchten Zivilpersonen konfrontiert.

Die *UN-Human Rights Monitoring Mission* in Ukraine (UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine) dokumentierte zwischen Mai und August 2019 elf Fälle willkürlicher Inhaftierung von Wehrpflichtigen durch Vertreter der Militärkommissariate, die nicht das Recht haben, Personen festzunehmen.⁵ Zum Beispiel wurde Yehor Patamanov von Polizei und Militärkommissariat bei einer Razzia auf einer Straße seiner Stadt entführt. Er war dabei, gemeinsam mit seinem Bruder, seinen kranken Vater ins Krankenhaus zu bringen. Yehor Potamanov protestierte gegen die Entführung, trat in einen einwöchigen Hungerstreik und weigerte sich, den militärischen Eid zu leisten.

Nach Angaben von Lmytro Tyshchenko, dem Bruder von Yehor Potamanov, wurden in diesem Sommer Hunderte von Wehrpflichtigen auf die gleiche Art und Weise in den Straßen von Charkiw entführt. Drei von ihnen schnitten sich ihre Pulsadern auf und einer erhängte sich in dem verzweifelten Versuch, aus psychischen Gründen ausgemustert zu werden. Aufforderungen von Wehrpflichtigen, ihre Verwandten treffen zu können, wurden verweigert, da die Behörden versuchten, Blutergüsse und Verletzungen zu verheimlichen, die durch gewaltsame Transporte zum Militärkommissariat verursacht worden sind. Die Polizei versäumte es, eine wirksame strafrechtliche Un-

³ Amnesty International: Ukraine's spate of suspicious deaths must be followed by credible investigations. 17. April 2015. www.amnesty.org/en/latest/news/2015/04/ukraine-suspicious-deaths-need-credible-investigations

⁴ *European Bureau of Conscientious Objection: Annual Report - Conscientious Objection to Military Service in Europe 2019*. 14. Februar 2020.

⁵ Human Rights Council: Report on the human rights situation in Ukraine, 16 May to 15 August 2019. A/HRC/42/CRP.7. 24. September 2019

tersuchung der Entführungen, unmenschlichen Behandlungen und des Machtmissbrauchs bei der sogenannten „Jagd auf Wehrpflichtige“ durchzuführen.

Nach offiziellen Statistiken wurden 2018 insgesamt 228 Militärdienstentzieher durch Gerichte verurteilt. Zwölf von ihnen wurden inhaftiert, 207 wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt, zumeist mit einer Freiheitsstrafe von ein oder zwei Jahren. Gegen 108 Personen, die sich der Meldung oder Einbestellung entzogen hatten, wurden Geldstrafen ausgesprochen.

Soldaten, die eine Kriegsdienstverweigerung entwickeln, haben keine rechtliche Möglichkeit zur Anerkennung der Verweigerung. Eine von ihnen gewünschte Entlassung aus dem Militärdienst ist in aller Regel nicht möglich. Dies gilt auch für Wehrpflichtige, die gegen ihren Willen zum Militär überstellt werden. Im Jahr 2018 gab es 2.490 Verurteilungen wegen unbefugten Verlassens der Militäreinheit oder Desertion, die normalerweise mit zwei bis fünf Jahren Haft bei Entlassung auf Bewährung geahndet werden. 193 Personen kamen jedoch ins Gefängnis, 128 wurden verhaftet und elf Personen wurden in ein Bewährungsbataillon überstellt. Außerdem wurde eine Person verhaftet und zwei erhielten Bewährungsstrafen wegen Selbstverstümmelung zur Vermeidung der Ableistung des Militärdienstes. In den ukrainischen Streitkräften haben seit Beginn des Krieges im Donbass wöchentlich zwei bis drei Soldaten Selbstmord begangen. Die Medien berichteten von mehreren Selbstmordfällen. In Kiew und Ternopil töteten sich Wehrpflichtige, indem sie aus den Fenstern des Militärkommissariats sprangen.

Insbesondere während der Einberufungskampagnen im Frühjahr und Herbst 2019 gab es viele Anzeichen von Machtmissbrauch durch die Militärkommissariate, wie die UN-Human Rights Monitoring Mission feststellte. Über den Fall Potamanov in Charkiw, die Inhaftierung von Wehrpflichtigen im Bezirk Rivne und die Jagd auf Wehrpflichtige auf den Straßen wurde ausführlich in den Medien berichtet.

Verteidigungsminister Andriy Zahorodniuk erklärte, die Aufhebung der Wehrpflicht sei Politik des Staates und sein persönliches Ziel. Dies werde aber nicht schnell geschehen.

Am 29. August 2019 protestierte die Ukrainische Pazifistische Bewegung vor dem Werchowna Rada (Parlament) und dem Präsidialamt in Kiew und forderte ein Ende der grausamen „Jagd auf Wehrpflichtige“ und die Abschaffung der Wehrpflicht. Eine Petition an den Präsidenten Zelenskij, mit dem die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert wird, erhielt 10.000 Unterschriften.